

Rebraer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Rebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Verlagsadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Rebra: Frau Kaufmann Weiss, Markt 24/25.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Telephon: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtsparkasse Rebra — Bankverein Artern.

Nr 45

Donnerstag, den 14. April 1932.

45. Jahrgang

Rehraus im Preußenparlament

Antworte der Regierungsparteien auf Veränderung der Geschäftsordnung angenommen.

In der letzten Sitzung des Preussischen Landtags vor dem Neuwahlen fand noch kurzer Aussprache die namentliche Abstimmung über den Antrag der Regierungsparteien auf Veränderung der Geschäftsordnung hinsichtlich der Wahl des Ministerpräsidenten statt. Wäher Erörterten wurden 232 Karten abgegeben, davon 228 mit Ja und 3 mit Nein. Eine Stimme war ungenügend. Das Haus war also beschlussfähig. Der Antrag der Regierungsparteien war damit angenommen. Die Veränderung bewirkt, dass die Regierung und Neuwahl nur mit absoluter Mehrheit möglich zu machen. Die bisher geltenden Vorschriften forderten zwar für einen Regierungsvorschlag die absolute Mehrheit, liegen aber die Neuwahl des Ministerpräsidenten mit einfacher Mehrheit zu.

Außer den Regierungsparteien, die antwortend bis zum letzten Mann erschienen waren, haben sich noch zwei Abgeordnete der Sozialistischen Arbeiterpartei und ein sozialistischer Abgeordneter an der Abstimmung beteiligt und so dem Haus zur Beschlussfähigkeit verholfen und die Annahme des Initiationsantrages der Regierungsparteien überhaupt erst ermöglicht. Die Christlich-Sozialen haben sich nicht an der Abstimmung beteiligt, wohl aber der völkervertreterische Abgeordnete Langer. Oberhäupter eine ungenügende Stimme hat der Zentrumspartei abgeben. Die Oppositionsparteien nahmen an der Abstimmung nicht teil.

Die Aussprache war sehr lebhaft. Die Regierungsparteien hatten auf jede Begründung ihres Antrages verzichtet. Abg. Dr. Winterfeld (Dnat), erklärte am 21. April wurde sich entschieden, daß die Regierungsparteien keine Mehrheit mehr haben. Eine Umgehung des Willens des preussischen Volkes und der Provinz, sich selbst an der Wahl zu beteiligen, ist ein unannehmliches Verhalten.

Abg. Sander (DVP) betont, seine politischen Freunde seien nicht bereit, an diesem ausgeprochenen Schwandmänner mitzuwirken.

Abg. Schwenk (Komm.) lehnt den Versuch der Oppositionsparteien, im letzten Augenblick vor den Neuwahlen die Geschäftsordnung zu ihren Gunsten zu ändern, mit Entschiedenheit ab.

Abg. Heilmann (Wirtschaftsp.) erklärt, die Weimarer Konstitution habe abgemacht. Seine Partei lehne es ab, durch die beantragte Veränderung der Geschäftsordnung dem Ausfall der Freiwahl vorzugreifen.

Abg. Vollmers (Landvolk) nannte es kaum glaublich, daß sich die Regierungsparteien mit dem Todeszug dieses Landtags durch eine Lebensversicherung für das Weiterbestehen dieser Regierung einlegen wollten.

Abg. Ruchle (Staatsr.) wendet sich dagegen, daß es sich bei dem Antrag um eine Schiebung und ein Schwandmänner handle.

Abg. Lindner (Chr.-Soz.) weist in einer Erklärung auf die Opposition des Volksdienstes gegen das Kabinett Braun hin, die in der nicht genügenden Wahrnehmung der erantwärtigen Belange durch die Regierung begründet sei.

Abg. Borch (Dnat.) erklärt die Begründung des Antrages für falsch und als neuen Beweis für die Schiebung. Damit schließt die Aussprache. Das Haus scheidet unter großer Spannung zur namentlichen Abstimmung. Die Oppositionsparteien, auch die Kommunisten, beteiligen sich nicht an der Abstimmung, bleiben aber im Saal. Die Abstimmung hat das oben mitgeteilte Ergebnis.

Abg. Kasper (Komm.) begründet dann den kommunizistischen Antrag über angebliche Verdrängung der Wahlpropaganda der Kommunisten.

Er erklärt, die preussische Polizei habe einen unglaublichen Wahlerreger gegenüber der Arbeiterklasse ausgeübt. Die Kommunisten lehnten es ab, Spezialabstreife abzugeben. (Als Innenminister Erwörung den Saal betritt, rufen die Kommunisten im Chor: Nieder mit dem Gammelnippel-Minister!) — Ohne weitere Aussprache wird der kommunizistische Antrag gegen die Antragsteller abgelehnt. Nachdem ein Antrag der Volkspartei, der allgemein jede Wahlbehinderung beseitigen wollte, gleichfalls abgelehnt worden war.

Gegen 14 Uhr schließt Präsident Wittmann die Sitzung mit der Erklärung, daß der gegenwärtige Landtag nun voraussichtlich nicht wieder zusammenzutreten werde. Auf jene Bitte wird dem Präsidenten jedoch die Ermächtigung erteilt, gegebenenfalls den Landtag noch einmal einzuberufen.

Der Abg. Langer-Oberhausen (DVP) gibt zu seiner Abstimmung im Landtag über den Antrag der Regierungsparteien auf Veränderung der Geschäftsordnung seine Erklärung ab, insofern einer Verwirklichung in den Neuwahlen habe er lediglich verständig sich an der Abstimmung über den Regierungsantrag beteiligt, was nicht in seiner Absicht gelegen habe.

Nach der Präsidentenwahl.

Am 14. April wird mitgeteilt: Dem Reichspräsidenten sind aus Anlaß seiner Wiederwahl Glückwünsche von einer gro-

ßen Anzahl von Staats- und Staatsbehörden, ferner von den Staats- und Ministerpräsidenten deutscher Länder, von Provinzen und Städten, von Episkopatorganisationen und Verbänden, sowie viele Tausende privater Kundgebungen zugegangen. Besonders zahlreich sind die Glückwünsche und Telegramme, die dem Reichspräsidenten aus Kreisen der Auslandsdeutschen zugegangen sind.

Der Reichspräsident empfing am Dienstag den Arbeitsauschuß der Vereinigten Hindenburg-Ausschüsse, Vorsitz: A. Dr. Gerete, Graf Westphal und Generalmajor A. D. von Winterfeldt sowie Staatssekretär z. D. Kemper und sprach ihnen seinen Dank für die bei Durchführung der Wahl für ihn geleistete großartige Unterstützung aus. Ferner empfing der Reichspräsident den Oberbürgermeister Dr. Sahn und sprach auch ihm seinen Dank für die bei Vorbereitung der Kandidatur und der Wahl Hindenburgs geleisteten Dienste aus.

Brüning bleibt im Amt.

Der Reichsanwalt beim Reichspräsidenten. — Keine Demission des Reichskabinetts. — Neubestellung des Innen- und des Außenministeriums?

Der Reichsanwalt hat am Montagvormittag dem Reichspräsidenten in Berlin über die politische Lage berichtet, wie sie sich durch die Reichspräsidentenwahl gestaltet hat.

Im Anschluß daran hat Reichsanwalt Dr. Brüning der üblichen Geflohenheit entsprechend, den Rücktritt des Gesamtkabinetts angeboten. Der Reichspräsident hat jedoch den Reichsanwalt ersucht, von einer Demission abzujehen.

Der Reichsanwalt wird am Mittwoch dieser Woche nach Genf reisen, um an der Arbeitslosenkommission teilzunehmen, deren Verhandlungen nunmehr in das entscheidende Stadium treten. Wie es heißt, besteht die Absicht, den Vollen des Reichsaussenministers, der bekanntlich vom Reichsanwalt mitgehen wird, ebenfalls zu befragen, und zwar wird

Staatssekretär von Bülow als Reichsaussenminister genannt. Ebenso soll der Polken des Reichsinnenministers, den derzeit Reichsanwalt Dr. Brüning vertritt, neu bestellt werden. Es verläutet, daß der Reichskommissar für die Preisüberwachung,

Oberbürgermeister Dr. Goebel, für diese Amt in Aussicht genommen ist.

Hindenburgs Dankesfundgebung.

Reichspräsident von Hindenburg erläßt aus Anlaß seiner Wiederwahl folgende Kundgebung an das deutsche Volk: „Mit Dank für das mir von dem deutschen Volk erneut bewiesene Vertrauen und mit dem Gebotnis, auch weiterhin mit meiner ganzen Kraft dem Vaterland und dem deutschen Volk zu dienen, nehme ich die auf mich gesandte Wiederwahl zum Reichspräsidenten an. Gestern meinem Eide werde ich mein Amt weiterhin im Geiste der Verfassungstreue und der Gerechtigkeit, mit dem besten Willen, in meinem Bestreben um Recht und Gleichberechtigung nachzugehen, zur Einigung und zum Aufbruch im Innern zu verhelfen. An alle deutschen Männer und Frauen, an diejenigen, welche mit ihrer Stimme gaben, wie an die, welche mich nicht gewählt haben, richte ich die Mahnung: Lohnt nun den Hader ruhen und schließt die Reihen! So wie schon einmal bei meinem Amtsantritt vor sieben Jahren fordere ich auch heute unter ganz deutschen Volk zur Mitarbeit an. Die Zusammenkunft aller derer, die notwendig, um der Verwirklichung und Hilfe unserer Zeit sein zu werden. Nur wenn wir zusammenfinden, sind wir stark genug, um unser Schicksal zu meistern. Darum: In Einigkeit vorwärts mit Gott!“

Die Formalitäten nach der Wahl.

Ueber die Formalitäten, die nach der Reichspräsidentenwahl noch zu erledigen sind, hat folgendes mitgeteilt: Zunächst wird der Reichsanwaltleiter das endgültige Ergebnis feststellen. Alsdann wird sich der Reichsanwaltleiter an Hindenburg wenden mit der Frage, ob er die Wahl annahme. Nach der Erklärung des Reichspräsidenten tritt der Reichsanwaltleiter zusammen, um festzustellen, daß Hindenburg als zum Reichspräsidenten gewählt zu betrachten sei. Darauf wird das Wahlergebnis noch einmal zusammengefasst, womit der Wahlaufschluß erfolgt ist.

Die Frage der Neuwahl der Reichspräsidenten von Hindenburg ist noch nicht endgültig entschieden, doch dürfte nach Lage der Dinge sich eine nochmalige Bereidigung wohl erübrigen.

In der Kundgebung des Reichspräsidenten von Hindenburg heißt es ja auch, daß er „getreu seinem Eide“ sein Amt weiterzuführen werde.

Wahlbeteiligung etwa 83,6 v. H.

Nach dem vorläufigen amtlichen Wahlergebnis beträgt die Gesamtzahl der abgegebenen gültigen Stimmen 36 491 694. Des Ergebnisses bedeutet eine Wahlbeteiligung von ungefähr 83,6 v. H. gegenüber einer solchen von 86,2 v. H. im ersten Wahlgang.

Hindenburg erhielt mit 83,0 v. H. gegenüber 49,6 v. H. im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit. Hitler erhielt 36,8 v. H. gegenüber 30,1 v. H., Brüning 10,2 v. H. gegenüber 13,2 v. H.

Hitlers Dank an seine Parteigenossen und Wähler. Adolf Hitler hat am 10. April folgenden Aufruf erlassen: „Nationalsozialisten! Nationalsozialistinnen! Parteigenossen und Parteigenossinnen! Eine große und schwere Schlacht habt ihr geschlagen. Ich wüßte, daß eure Treue unerfälscht ist. Den-

nach muß ich Euch für den überirden Glauben, eure Opferwilligkeit und Euren Fleiß danken. Trotz aller Unterdrückungen und Verfolgungen hat eure Bewegung durch Euch einen neuen großen Sieg errungen, der sie berechtigt, sich als Bannerträgerin der nationalen Freiheit und damit der nationalen Zukunft zu fühlen.

Morgen beginnt der neue Kampf. Ich weiß: Ihr werdet auch in Zukunft des heiligen Volkes beste Garde sein. Am 21. April werden wir uns abermals mit unseren Gegnern messen und einmal mehr auch wird der Tag kommen, an dem wir unsere Feinde zum letzten Siege tragen.

Adolf Hitler.

Haushaltsfragen — Außenpolitik.

Das Reichskabinet berät.

Berlin, 13. April.

Das Reichskabinet ist am Dienstag zusammengetreten, um vor der Abreise des Kanzlers nach Genf eine Reihe von finanziellen, wirtschaftlichen und außenpolitischen Fragen zu behandeln. Die Beratungen drehten sich insbesondere um die Vorbereitung des neuen Haushalts. Am Mittwoch werden die Kabinettsberatungen unterbrochen, da der Kanzler auf dem morgigen Kriegerkongress des Völkervereinigen Gewerkschaftsbundes eine Rede hält. Am Donnerstag dieses Tages findet eine weitere Kabinettsitzung statt, die im wesentlichen den Fragen gilt, die in Genf erörtert werden könnten oder sollen.

Ob angehängt der Fälle der in dieser kurzen Zeitspanne zu behandelnden Probleme auch das Arbeitsbeschaffungsprogramm, das das Kabinet schon in vielen früheren Sitzungen beschlüsselt hat, erörtert wird, ist eine noch offene Frage. Ein leistungsfähiger Entwurf hierzu liegt jedenfalls noch nicht vor. Die Durchführung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms auf geheimer Grundlage ist bisher immer wieder an der Gefahr gescheitert. Nichtsdestoweniger sind die zuständigen Ressorts befreit, Pläne auszuarbeiten, deren Durchführung im Bereich des Möglichen liegt.

Es ist anzunehmen, daß die hiermit zusammenhängenden Fragen, so u. a. auch die der beschleunigten Ausgestaltung der Arbeitslosenpflicht erst nach der Rückkehr des Kanzlers aus Genf spruchlos sein werden.

Wie schaffen wir Arbeit?

Zu den Erklärungen, die Reichsanwalt Dr. Brüning auf dem Kriegerkongress der Gewerkschaften abgegeben wird, erfahren wir nach: Ein reichliches Programm zur Arbeitsbeschaffung wird der Reichsanwalt nicht vorkommen. Er wird vielmehr nur die allgemeinen Prinzipien andeuten, in denen sich die Reichsregierung eine Lösung des Arbeitsmarkts denkt. Der Reichsregierung liegt eine Fülle von Plänen vor, die jedoch an der Finanzierungsunmöglichkeit scheitern.

Allerdings ist die Regierung entschlossen, unter allen Umständen etwas zu tun, um den jetzigen Stand der Arbeitslosigkeit über die durch die Saisonmöglichkeiten gegebenen Erleichterungen herauszuwickeln und Arbeitslose in den Arbeitsprozess wieder einzuführen.

18 Landtagswahlvorschlage eingereicht.

Bis zum 10. April um Mitternacht mußten den Bestimmungen des Preussischen Landeswahl-Gesetzes beim Landeswahlleiter die Landeswahlvorschlage eingereicht sein. Nach den Mitteilungen des Landeswahlleiters sind bis zu diesem Zeitpunkt 18 Wahlvorschlage eingereicht worden. 29 Landeswahlvorschlage bei der Wahl im Jahre 1928. Es ist also wenigstens eine gewisse Vereinfachung zu erwarten. Ob diese 18 Landeswahlvorschlage aber zugelassen werden, hängt erst noch von der Entscheidung des Landeswahlleiters ab, der am Mittwochvormittag zusammentritt. Nach dieser Entscheidung werden die Landeswahlvorschlage bekanntgegeben.

Vorläufig kein Reichstag.

Berlin, 12. April.

Der Vorkonferenz des Reichstages hielt eine Sitzung ab, um über den Antrag der Oppositionsparteien, den Reichstag zum 26. April einzuberufen, zu beraten. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Reichsopposition und der Kommunisten abgelehnt. Es wurde in Aussicht genommen, am 26. April eine Sitzung des Vorkonferenz abzuhalten, in der über die Einberufung des Reichstages Beschluß gefaßt werden soll. Auf eine Anfrage teilte Staatssekretär Bünder mit, es sei zu erwarten, daß der Haushalt bald dem Reichstag zugestellt werden könne.

Nemelkfrage eingereicht.

Etwa von dem Internationalen Gerichtshof angeklagt. Amsterdam, 13. April.

Die Regierungen von Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan haben durch Vermittlung ihrer diplomatischen Vertreter im Haag bei dem Ständigen Internationalen Gerichtshof ein Verfahren gegen die kaiserliche Regierung beantragt. Der Antrag gründet sich auf Artikel 17 des Nemelkvertrages.

In ihrem Antrage führen die Regierungen von Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan unter Hinweis auf die Ablegung des Präsidenten des Melmeldeforums Botschafter die Ernennung eines Direktoriums unter Vorsitz von Simaitis und die Aufhebung des Embargos an, daß die Handlungen Meinungsverschiedenheiten über die Frage haben aufkommen lassen, ob sie dem Melmeldeforum entsprechen. Da die Meinungsverschiedenheiten weder durch die vom Völkerrundrat eingeleitete Unterredung noch durch Verhandlungen zwischen den Interessierten des Melmeldeforums hätten beigelegt werden können, erließen die antragstellenden Parteien den internationalen Gerichtshof, sich zu sechs in dem Antrage formulierten Fragen zu äußern, die auf die oben erwähnten Handlungen Bezug haben.

Das unruhige Spanien.

Streiks und Zusammenstöße.

Madrid, 13. April.

In Granada erklärten die anarcho-syndicalistischen Genossenschaften zwecks Durchsetzung ihrer Forderungen auf den Sechstageskongress des Generalstreiks und verließen zahlreiche Sobotagisten. So waren Streikende an verschiedenen Stellen der Stadt ließen Bomben, von denen eine in einer Kirche explodierte und erheblichen Sachschaden verursachte. Ferner rissen sie Gasleitungen auf und zündeten sie an. Die Polizei wurde verärgert und nahm umfangreiche Abwehrmaßnahmen auf.

In einem Dorfe bei Granada wurde ein mit streikenden Arbeitern besetzter Zubehörschein einer Polizeistation angegriffen. Hierbei entzündete ein Feuergefecht, dem ein Toter und vier Schwerverwundete zum Opfer fielen.

In Valencia, Barcelona und Castellon streikten die Elektrizitätsarbeiter. Der Betrieb wurde durch Militär- und Marineabteilungen aufrechterhalten. Da ein weiteres Verbleiben des Streiks befürchtet wird, sind allseitig Vorkehrungsmaßnahmen in Vorbereitung.

Freistaat Schanghai?

Ein Vorhaben — wer steht dahinter?

Moskau, 13. April.

Die Moskauer Blätter bringen Einzelheiten über die Verhandlungen zwischen verschiedenen politischen Gruppen über die Ausruhmung Schanghais als Freistaat. Danach sollen die Gruppen verurteilt haben, verschiedene Großmächte für diesen Plan zu interessieren.

Sie behaupten, die Ausruhmung Schanghais zum Freistaat sei die beste Lösung in dem chinesisch-japanischen Streit. Schanghai soll nach dem Plan eines 30 Jahre lang Freistaat bleiben und dann wieder an China übergeben. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung soll eine internationale Polizei von 5000 Mann geschaffen werden. Die Mächte sowohl als auch China und Japan dürfen keine Kriegsschiffe und keine Truppen in dem Freistaat unterhalten. Die Luftflotte über den Freistaat soll dem hiesigen Gerichtshof übergeben werden. Der chinesischen Regierung soll nur erlaubt werden, Zollanfallten und Zunktionen auf dem Gebiet des Freistaats zu unterhalten.

Neuer chinesisch-japanischer Zwischenfall.

Schanghai, 13. April.

In Jendohou ist das Gebäude des japanischen Konsulats von chinesischen Soldaten besetzt worden. Das japanische Verlangen nach Räumung des Konsulats ist bisher von chinesischer Seite unberücksichtigt geblieben.

Das japanische Außenministerium hat den Konflikt in Canton angezweifelt, die chinesischen Behörden um die Räumung des Konsulatsgebäudes in Jendohou zu erlösen. Sollte diesem Verlangen nicht nachgegeben werden, so ist ein Ultimatum zu erwarten, in dem militärische Maßnahmen angedroht werden.

Deutsche Tagesschau.

Hafisbefehle gegen die Kultur-Ältesten.

Dr. Rosen und Werner Kerlinger sind wegen des Anschlages auf den Reichspräsidenten Dr. Luther dem Vernehmungsbefehl im Berliner Polizeipräsidium vorgeführt worden. Wegen des Hafisbefehls wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung mittels einer Waffe und wegen Vergehens gegen das Schulwesen gelassen worden. Beide sind nach dem Moskauer Untersuchungsgefängnis übergeführt worden.

Schering verurteilt.

Zweieinhalb Jahre Festung.

Leipzig, 12. April.

Im Prozeß gegen den früheren Reichsgerichtsrat Scheringer fällte das Reichsgericht am Montag das Urteil.

Scheringer wurde wegen der Vorbereitung zum Hochverrat in Tateinheit mit einem vorgesehnen Vergehen gegen § 4 Ziffer 1 des Republikgesetzes zu einer Festungstrafe von zwei Jahren sechs Monaten verurteilt. Sechs Monate der erstinstanzlichen Untersuchungshaft werden ihm voll angerechnet. Die beanstandeten Schriften fallen der Vernichtung anheim.

Auslands-Rundschau.

Gorki fährt wieder nach Rußland.

Der bekannte russische Dichter Maxim Gorki hat die Einladung Stalin zum Besuch Rußlands angenommen. Er wird Anfang Juni Sorrent verlassen und sich nach Moskau begeben. Er bringt die Mittel, in Moskau verschiedene Vorträge zu halten, und will dann wieder nach Italien zurückkehren.

Finanzen neues Maßgefehl.

Der parlamentarische Ausschuss „Kleines Wides“ in Rumänien erklärte, daß die Parlamentswahlen demnach stattfinden werden. Die Parlamentswahlen in Italien fallen zwar nach dem Proportionalitätssystem erfolgen, aber nicht die Parteien hatten das Recht erhalten, Kandidaten aufzustellen, sondern eignen sich durch gebildete Organisationen, und zwar sollen dieses Recht erhalten die Arbeiterorganisationen der Selbstverwaltungen, der Handels- und Gewerbetreibenden, der Krankenkassen und eventuell auch einer noch zu wählenden Arbeitskommission. Das künftige Parlament soll aus 45 bis 55 Abgeordneten bestehen, von denen die Mitglieder und die Mitglieder etwa 8 bis 9 Sätze bekommen sollen, und zwar die Juden 3, die Rumänen 3 bis 4, die Polen 1, die Deutschen in Proportionen 1 Maß.

Nus der Umgegend

Neuba, 13. April.

Gesetz der Jugend.

Am 16. und 17. April veranstaltet der Reichsverband für deutsche Jugendherbergen einen Reichsopfer- und Werbetaug für Jugendherbergen, mit dem Ziele, das ganze deutsche Volk zu einem Opfer für das Jugendherbergsnetz aufzurufen. In den meisten Teilen des Reiches werden an diesen Tagen die Jugendherbergsfreunde zusammen mit der wackeren Jugend aller Richtungen an Hilfe bitten. Jeder erfüllt eine wichtige und dankbare Aufgabe, wenn er sich nach besten Kräften an dem Opfer für ein Werk deutscher Volksgemeinschaft beteiligt. Er hilft damit nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft, denn das Wandern ist von besonderer gesundheitsförderlicher Bedeutung für das heranwachsende Geschlecht.

Die Jugendherbergen werden als Rast- und Heimstätten deutscher Jugend aller Völker gerne aufgesucht und geschätzt. Aber die Natur der Zeit macht auch hier bemerkbar. Gar manches muß unterbleiben, was dringend nötig wäre und wenn nicht bald erscheidende Hilfe kommt, dann besteht die Gefahr, daß das mühsam Geschaffene nicht mehr gehalten werden kann. Das Wandern steht uns Deutschen im Blute. Deshalb sind auch die Jugendherbergsfreunde gewiß, daß ihr Ruf nicht ungehört verhallt und daß der Reichsopfer- und Werbetaug für Jugendherbergen zum Zeichen freudiger Hilfe für ein wertvolles Volkswerk wird.

— **Frühling überall.** Die unfremdbliche Witterung, vor allem der kalte Wind, läßt viele vermuten, daß die Frühlingseifer unartig liegt und das Erwachen der Natur noch im weiten Felde liegt. Und nein, das ist ein Irrtum! Gewiß sind wir gegenüber anderen Jahren um einige Tage zurück, aber es liegt doch alle Aussicht vorhanden, daß die Frühlingssonne erstrahlend ist, wenn auch kalte Winde ständiger ihre Wirkung beeinträchtigen. Gehe nur hinaus, lieber Stadtbewohner, und überzeuge dich! An sonnigen Tagen beginnen jetzt neben den Anemonen die Ruds- und Schlüsselblumen ihre Blüten zu öffnen. Die Waldlänger jubilierten und trillern ihre bekannten Wesen, und es ist eine Lust, zu wandern, zu hören und zu schauen. Die Bäume zeigen bereits einen reichen Blütenanflug, nur noch kurze Zeit, einige kühle Tage, dann ruft Herr Mai auf dem Wundelsteine die Naturfreunde zur Beschäftigung der dortigen Kirchblüte.

— **Nicht die Zeitung abstellen.** In der Landwirtschaft hat die Frühjahrsbefestigung wieder begonnen. Bei Beginn dieser Zeit bestellen viele Landwirte die Zeitung ab, weil sie glauben, keine Zeit mehr zur Zeitungslektüre zu haben. Das mag vielleicht früher einmal gegangen sein. Aber heute, wo von Tag zu Tag wichtige, tief ins Leben eingreifende Ereignisse sich vollziehen, ist dies ein Versehen. Heute ist es notwendig, daß man sich dauernd auf dem laufenden hält. Daneben gibt dem Bauer das Heimblatt Auskunft über eine Reihe wichtiger wirtschaftlicher Ereignisse und Vorgänge in seiner Gegend, in der Provinz und in der Welt. Manche hat es schon bereit, wenn er die Zeitung zu unregelmäßiger Zeit abbestellt hat, weil er damit nur am verkehrten Ende sparen wollte. In seiner Familie darf daher auch jetzt das Heimblatt fehlen.

Das **Patelpost** nach Nordamerika. Nach einem Telegramm der Verwaltungen der amerikanischen Staaten von Amerika ist die gewöhnliche Anteile an den Gebühren für Patelpost nach den berechtigten Staaten von Amerika und ihren Besessungen auf den 1. Juli verschoben worden. Die Erhöhung der Gebühren für deren Beförderung wird daher erst vom 1. Juli an in Kraft treten.

— **Memleben.** Am Freitag oder Samstag im März und Ende März konnte das Landwirt Julius Meisinger'sche Ehepaar das Fest der Goldenen Hochzeit begehen. Die ganze Gemeinde nahm an dem schönen Fest teil. Nach der Einsegnung des Jubelpaares konnte der Pfarrer ihm unter herzlichen Wünschen das Ehrengelicht des Staates und die Gebührensgegenstände der Kirche überreichen, ferner als Geschenk der Kirchgemeinde eine Wiese. Die politische Gemeinde hatte das Paar durch Ueberreichung von 2 Rühleisen erfreut. Einen schönen Abschluß fand der Festtag am Abend durch ein stimmungsvolles Ständchen des heiligen Mannes-Gesangsvereins.

— **Wandspindel.** (Ziemerplage.) Von durchgehenden Zigeunern wurde ein Gollwitz in Wandspindel heimgeführt. In der Gollwitz erkrankten 6 Zigeunerinnen und „laute“ einige Kleinigkeit. Eine Zigeunerin wollte mit einem Zwanzigmarckstein bezahlen. Der Wirt gab auf 20 RM. heraus. Die Zigeunerin nahm das herausgegebene Geld und den 20 RM.-Schein und verschwand.

— **Altkred.** (Raubanfall.) Am Sonntag vorm. gegen 9 Uhr ist im Hagel umweil von den Schiefständen auf dem Winkelwege auf eine Frau von Leubingen, welche nach Winkel wollte, ein Raubanfall von einem unbekanntem Täter verübt worden. Der Unbekannte ist plötzlich aus dem Holze herausgesprungen, hat die Frau an der Brust gefaßt und gerufen „Geld her oder das Leben“. Der Täter hat der Frau gedroht, sie mit dem in der Hand tragenden Kleiderregal aufzuhängen, wenn sie ihm ihr Geld nicht herausgibt. In ihrer Angst hat sie ihm 3 Mark ausgehändigt. Hierauf hat derselbe den Weg verlassen und ist im Walde wieder verschwunden. Der Täter wird wie folgt beschrieben: Umfaß 1,68 bis 1,70 Meter groß, gaare Kräfte, graue Wästelhaare, ohne Kopfbedeckung, Haare ziemlich schwarz, deßgl. auch die Augen. Nach Angabe der überfallenen Frau hat der Täter den Eindruck eines Handwerkerschicks gemacht.

— **Sangerhausen.** Am Montag fand hier die feierliche Einführung des neuen Gymnasialdirektors statt. Studien-Direktor Dr. Holtorf ist aus Bremerhaven an die Spitze des Sangerhäuser humanistischen Gymnasiums berufen worden, nachdem der bisherige Direktor Dr. Steubner in den Ruhestand getreten ist. Dr. Holtorf hat seine Amtseinführung über das Thema „Das Gymnasium von heute im Lichte der Jugendpsychologie“ gehalten.

— **Neuba.** (Ruff.) Die Wasserpumpstation auf dem Gelände des Reichsgründungs-Messplatzes ist außer Betrieb. Der Wasserpiegel ist wegen der Trockenheit der letzten Jahre zu zurückgegangen, daß die Pumpen nicht mehr genügend Gangkraft aufbringen können. Man ist gezwungen, das Wasser für den Koffhäuser mit Hilfe von Maschinen über das und den umliegenden Ort heranzuholen. Es sind bereits Maßnahmen im Gange, um das Pumpwerk wieder in Gang setzen zu können.

— **Neuba.** Am Montag wurde auf dem „Waldschnee“ ein Bergbau auf ein neues Bergfeld festgestellt. Zwei andere Bergleute wurden nur leicht verletzt.

— **Salz.** Der Landrat von Ammerndorf hat Branddorf verpflichtet drei Unbekannte einen Automobilzug zu überfallen und zu berauben. Der eine der Täter hatte sich in die Fahrkabine gestellt, daß der Wagenführer die Geschwindigkeit abstoppen mußte. Hierbei sprang der Mann aus dem Fahrzeug und wollte den Chauffeur unter Verhören eines Revolvers zum Anhalten zwingen. Da der Fahrer aber die Gefahr sofort erkannte, gab er Signal, so daß der Täter, ohne kein Vorhaben ausführen zu können, abbringen mußte.

— **Salz.** Der von uns gemeldete Mordversuch am „Gleichenstein“ hat sich inzwischen aufgelöst. Nach den bisherigen Feststellungen handelt es sich um eine Eiferjuchstragödie, in die ein 22jähriger Student, mg. aus Halle, der sich zur Zeit im Ferienurlaub bei seinen hier wohnenden Eltern aufhielt und eine 21jährige Berlinerin verwickelt sind. Nach den Ermittlungen hat es sich tatsächlich um einen Mordversuch gehandelt. Bei der Feststellung der am Ausübung seiner Tat geführte Student in die Saale gesprungen und dabei ertrunken. Die Schöne eines Jüngers wurde am Montag mittags in der Nähe des „Gleichensteins“ die Leiche aus dem Wasser.

— **Salz.** Am Montag wurden hier 22 Personen festgenommen, und zwar 19 Kommunisten und ein Nationalsozialist wegen Verbreitung politischer nicht genehmigter Flugblätter. Ein Nationalsozialist wurde wegen unbefugten Anbringens einer Wahlplakate und ein Kommunist wegen Gefährdung der Rote Hilfe festgenommen.

— **Neuba.** (Ruff.) Der 21jährige Neuenbürger Johann Kempel wurde hier am Montagabend durch ein Vergehen aus dem Schlaf geweckt. Er ist erlosch, um nach dem Rechten zu sehen, erhielt er mehr Schläge über den Kopf, konnte aber trotzdem noch auf die Straße laufen und Hilfe rufen. Wie sich dann herausstellte, waren diese Eingriffe, aber durch das Erwachen des Mannes in ihrem Vorhaben gestört worden. Sie konnten unerkannt entkommen.

— **Marbrant.** Durch die Aufmerksamkeiten einer Stube ist es der hiesigen Polizei gelungen, einen fremden festzunehmen, der bei verschiedenen Geschäftsläuten bei Eintausch von Kleinmünzen falsche Banknoten in Zahlung gab. Die hiesigen Personen ermittelt wurden, erst die Flüchtlings. Eine Untersuchung mit einer größeren Menge — über hundert — falsche Banknoten konnte durchgeführt werden.

— **Merseburg.** Die Stadtbewohner haben nach mehrmonatiger Pause am Montag wieder eine Sitzung ab, die etwa 5 Stunden dauerte. Hauptpunkt der Beratungen war die Stadtratswahl. Stadtrat Dr. Tromper legte sich in längeren Ausführungen nachdrücklich für die Genehmigung weiterer 30 Siedlungsstellen als Baubehälter II ein. Gegen die Vorlage wandten sich die Deutschnationalen, die Nationalsozialisten und Kommunisten. Nach längerer Aussprache wurde die Magistratsvorlage angenommen. Genehmigt wurde weiter ein Darlehen von 200 000 Mark für den Bau, und die Einrichtung der 30 vorläufigen Siedlungsstellen aufzunehmen. Das Vorhaben ist als Baubehälter II, die der Stadtratswahl in Merseburg, die von nationalsozialistischer Seite wegen ihrer Lage befehdt worden war, in Bezug gekommen. Zugestimmt wurde schließlich noch der Erhöhung der Stadtbeiträge auf der gemeinsamen Baugemeinschaft, um die Vorteile der Gemeinnützigkeit nicht zu verlieren.

— **Bad Dürrenberg.** Ein Schüler aus der Siedlung, der eine aussergewöhnliche Schule besuchte, entwendete seinem Vater, wie er jetzt bekannt wird, kurz vor Ostern aus Furcht vor Widertreibung einen Geldbetrag in Höhe von 300 RM., den der Vater als Ablösung von einem Wert erhalten hatte, und flüchtete. Aufmerksam geworden durch ein Telefonat, um seinen Vater mit einem seiner Schüler, der sich die Polizei durch Funkruf nach dem Stationen im Reich in Einvernehmen. Trotzdem war es dem Jungen möglich, sogar durch den polizeilichen Korridor nach Königsberg zu kommen. Von der Schulbehörde wurden noch 60 Mark bei ihm gefunden.

— **Erurt.** Zu einer Silbernen Hochzeitsfeier in der Trommsdorffstraße waren auch Verwandte aus Barchausen und Gammelsdorf erschienen. Da der Sohn des Silberbräutigams, der 21jährige Arbeiter Reinhold Althard, aus Erurt, mit seinem Vater unheimlich war, hoffte man, bei dieser Familienfeier den Streit beigegeben. Der Sohn begann aber die Streitigkeiten aus neue, so daß er aus dem Zimmer gestiegen wurde. Als dieser das Zimmer eingetreten war, hat Reinhold Althard plötzlich in das Zimmer und stand mit einem Taschenmesser auf den ersten beiden Tischfüßen ein. Hierbei durchschlug er dem Arbeiter Will Althard aus Rößhausen bei Erurt die Halsklopfen. Der Schwereverletzte verlor im Rößhousischen Krankenhaus. Der Täter war nach der Tat verschwunden. Lomte aber von der Polizei in seiner Wohnung in der Heinrichstraße festgenommen werden.

— **Erurt.** Der Reichsverband deutscher Bauern führt ein am 24. 25. und 26. Juli in Erurt eine Tagung ab, der 600 Teilnehmer, darunter auch aus dem Ausland, erwartet werden. Die Veranstaltung wird mit einer Ausstellung verbunden und in den Räumen der „Reifource“ durchgeführt.

— **Aßligshaus.** (Ruff.) Drei Unbekannte überfielen den Bahnhofswirt, der um Hilfe rufend in ein hinter dem Warteraum gelegenes Zimmer flüchtete. Die Unbekannten, anfangen handelt es sich um Polen, hatten Revolver bei sich.

— **Torgau.** Vor kurzer Zeit tötete an der Elbstaßenbrücke ein großer Kahn gegen einen Pfeiler und zerbrach. Der Unfall bedeutete einen in die hunderteitende gehenden Schaden. Der Sturm besetzt bei dem Strömungen des Flusslaufes viele Gefahrenquellen. So wurde auch jetzt wieder bei Taucha ein fast 400 Tonnen fahrender Kahn aus Brünnele-Steinbrücke, der sich mit Kaulin (Korallenrinde) beladen auf der Tafelbahn von der Fischschlepperei befand, durch den Wind gegen eine Stütze gestreift. Der Kahn wurde fest und land in ganz kurzer Zeit, nachdem er in der Mitte durchgebrochen war. Die ganze tollbare Ladung ging verloren. Da der Kahn in der Fahrtritte liegt, ist der Verkehr hier erlosch.

— **Bei Belgern** wurde ein mit Gefelle beladener Schleppkahn der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft fest. Der Schaden ist jedoch ausgeglichen worden.

— **Wolken** (Ruff.) Die 3. B. Farben A.-G. hat in ihren Eigentümern als Wasserleitern die Gemeinde-Wasserpreis von 9 auf 8 Pfennig ermäßigt. Die Gemeinde-

verringert und deshalb beschloßen, den Wasserpreis auf 16 Pfennig zu erniedrigen und die Wasserwerkgebühren um zehn Prozent zu senken. Der Entwurf, Erwerbslose und hilflose Unterhaltungsbedürftige können das Wasser zu verbilligten Sätzen bzw. unentgeltlich beziehen.

Mollen (Rr. Ritterfeld). Infolge eines Nervenzufalles und eines unglücklichen Sturzes erkrankte Herr Mollen an einer Selbstmordkrankheit. Er brachte sich sich schwere Schnittwunden am Hals an, wurde ins Ritterfelder Krankenhaus gebracht. Lebensgefahr besteht nicht.

Halle. Aus Liebestummer verlor sich am Montag morgen eine weibliche Person in ihrer Wohnung durch Einmischen von Beuteln zu verfallen.

In Leipzig sind drei weitere Mordfälle sprang am gleichen Tag ein 15jähriges Mädchen an der Dreierbrücke in die Saale, wurde aber von einem Arbeiter aus dem Wasser gezogen. Der Grund zur Tat liegt in Familienstreitigkeiten.

Schlössen (Rr. Weihenfels). Bürgermeister Petrich wurde von den Stadteverordneten mit großer Mehrheit auf zwölf Jahre wiedergewählt. Die Amtsgeschäfte des Bürgermeisters waren am 1. Oktober d. J. abgelaufen.

Deffau. Wir berichteten über den Selbstmord des Bürgermeisters des Schlössens Wörlich, Behrens. Behrens war ein Mann von leitendem Verwaltungsbemühen. Die Schwierigkeiten um die Ausübung der Unterhaltungen — sie waren in Wörlich besonders groß und führten fast schon zu Gewalttätigkeiten — befähigten ihn so stark, daß seine Nerven schließlich nicht mehr standhielten. In diesem Zustande mag er zur Weite gegriffen haben.

Deffau. Der Herzog Joachim Ernst von Anhalt will seinen Jagdparkett mit der Theateraufführung lösen. Es handelt sich um die Reviere im Vorderer Wildpark und von Wörlich, Waderoda, ungefähr 5000 Morgen groß, ist als einer der besten Wildparks Mitteldeutschlands mit einem Bestand von 100 bis 150 Stück Rotwild und auch ebenbürtigem Damwild. Wörlich ist ungefähr 10.000 Morgen groß. Die Pacht für beide Reviere beträgt 12.000 Mark. Als Grund für die Lösung des Pachtvertrags wird die jägerische wirtschaftliche Lage angegeben.

Schönebeck-Ad. Salzheim. Einen empfindlichen Verlust erlitt der Schneidermeister in Schönebeck, der eine Vogelplünderung erlitt. Durch einen Diebstahl ist seine Vorrat der Mehlentüte so gut wie vernichtet. Die Diebe nahmen alle hinhängen, 36 an der Zahl, mit, dazu die jungen, flügge gewordenen Stütze. Die Bruterei dürfen verloren sein, da die Weibchen, die auf den Eiern brüten, geföhrt und ausgepöckelt wurden. Auch besteht die Gefahr, daß die jungen, noch nicht flügge Stütze verhungern, da bei den Mehlentüten die Nahrung für die jungen Vögel forgen. Der Verluste besetzt seinen Schaden auf 300 Mark. Die Täter sind nicht ermittelt.

Magdeburg. Der beim Wahlaustrich für die Preussischen Landtagswahlen eingereichte Wahlvorschlagn der „Interesseneinigkeit der Kleinrentner und Invalidenbeschäftigten“ wurde zum Wahlaustrich zurückgewiesen, da ein Teil der Namensunterzeichner des Wahlvorschlages als geföhrt eingestuft wurde. Die weiteren Feststellungen, ob auch die anderen Unterzeichner geföhrt sind, wird die Polizei übernehmen. Der Wahlvorschlagn soll dann der Staatsanwaltschaft zur Strafverfolgung der Schuldigen übergeben werden.

Magdeburg. Der Kommandeur der 4. Division, Generalleutnant Fröh, von Gienanth, traf auf einer Dienstreife hier ein und wohnte eine Gefeshtsdienstleistung der Kompanie des 12. Infanterie-Regiments auf dem Cracauer Anker bei. Nachmittags besuchte der Kommandierende die Festungspatrouille in der Ende-Kaserne und legte abends seine Dienstreife nach Gienanth fort.

Magdeburg. Durch die Regenfälle der letzten Zeit ist ein Wägnis der Elbe herangezogen. Der Magdeburger Segel hatte am Sonntag mit 128 Metern den normalen Stand überschritten, am Dienstag zeigte er bereits einen Stand von 1,68 Meter. Außerdem ist noch Wasserzuwachs aus der Saale zu erwarten. Der Schleppverkehr zu Berg ist bereits recht lebhaft. Selbst bereits die letzte Strömung den Motorschiffen viel Schwierigkeiten. Eine majestätische Schleppflotte in Anspruch nehmen.

Magdeburg. Eine unglückliche Diebesgeschichte ereignete sich hier in einer stillgelegten Margarinefabrik in der Berliner Chaussee. Der eine Flügel der Fabrik ist nun schon seit Jahren verfallen, in ihm wurde seinerzeit eine Kistenfabrik eingerichtet. Die Arbeiter hatten aber bald zu keinem Schrecken festgestellt, daß kein Holz bei den vielen Wagnislaubbäumen in der nächsten Nachbarschaft sich großer Beliebtheit erfreute. Selbst unbeschäftigte Baumstämme wurden gleich von der Eisenbahn weg hierher geholt und in den Wohnläden entsprechend bearbeitet. Als der Schaden nun für sich in der vollständig stillgelegten Fabrikräume, die er nur ganz selten einmal aufsuchte, kam, mußte er zu seinem Entsetzen feststellen, daß „stille Teufel“ damit beschäftigt waren, das ganze Gebäude abzutragen. In einem Geleisfeld fehlte schon der ganze Bodenbelag, eine kleine Feldbahn mit Kippwagen war ebenfalls verschwunden. Am Ischlammien aber lag es im Laboratorium aus. Von Schränken, Eischen und Geräten war nichts mehr aufzufinden. Auch die Schloßwerkstatt war beraubt, selbst mächtige Treibriemen waren verschwunden. Die Kriminalpolizei verfuhr jetzt selbst, was überhaupt alles fehlt.

Wesertingen (Rr. Gardelegen). Durch Grubegabe betäubt wurde eine heilige Familie, Eheleute und Kind, in ihrem Schlafzimmer aufgefunden. Infolge eines verfluchten Grubenabgrubers waren die Grubenarbeiter von Rache in das Schlafzimmer gekommen. Zum Glück konnten alle drei durch die ärztlichen Bemühungen ins Bewußtsein zurückgerufen werden.

Dreßlich (Elbe). Die 1444 gegründete Fischereimutter sprang fünf Fischereimeistersöhne zu Fischereimeistern. Als Annahmestelle können sie erst nach dem Tode ihrer Väter aufgenommen werden, weil die Fischereigerechtigkeit in der Elbe nur vier Fischereimeistern zusteht.

Manzenberg (Harz). Der vom hiesigen Schöffengericht wegen eines schweren Einbruchdiebstahls zu 1 Jahr 8 Monaten Gefängnis verurteilte Arbeiter Regis aus Berlin verurteilte während der Gerichtsverhandlung sich mit einer Aufstufung der Fußsperre zu öffnen. Im Untersuchungsgefängnis hatte er bereits eine Zahnkurie durchgemacht.

Halberstadt. Am Wohngebäude des Banthauses Aufbaum & Friedemann Brand nachts Feuer aus. Beim Einsetzen der Feuerwehr war der Hausarzt bereits so stark verunreinigt, daß für die im ersten und zweiten Stock schlafenden Personen ernste Gefahr bestand. Von zwei Frauen, die schon einen Fieberfries erlitten hatten, wurde eine ohnmächtig und stürzte herab. Sie wurde von Feuerwehrleuten aufgefunden. Die zweite Frau wurde mit Hilfe einer Leiter in Sicherheit gebracht. Auch die Bewohner des zweiten Stockes wurden von der Feuerwehr, wenn auch unter großen Schwierigkeiten, gerettet. Der Dachstuhl des Gebäudes brannte vollkommen aus. Die darunter liegenden Stockwerke haben durch das Wässern schwer gelitten.

Thale. Opfer des Bodewassers wurde ein Widder, das junge Weib zu herauszufinden. Das Tier, das vermutlich in den Bergen bei der Pflanzung abgehört und in die Bode geföhrt ist, war 120 Pfund.

Schieke. Auf dem Brocken legte nachts Frühlings- und Schneestreiben ein. Es ist wieder Sportmöglichkeit für Ski und Rodel vorhanden.

Die Kandidaten des Landvolks.

Die Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei hat für den Wahlvorschlagn „Deutsches Landvolk“ zu Preußenwahl am 24. April folgende Spitzenkandidaten aufgestellt: Wahlkreis 10 (Magdeburg): Heßen, Steierjohannis, Halle: Spillere, Landwirt, Großpauken; Brandau: Landwirt, Gieseler; Wahlkreis 11 (Halle-Merseburg): Heßen, Halle: Rodell, Landwirt, Wessau (Rr. Torgau): Stubenrauch, Mühlenarbeiter, Salzmünde: Wahlkreis 12 (Erfurt): Heßen, Halle: Gernandt, Planagenbesitzer, Mühlenbau; Fleck, Landwirt, Gebele.

Neues aus aller Welt.

Millionen-Erbschaft fällt nach Leipzig. Zum Teil soll eine 320-Millionen-Erbschaft aus Australien nach Leipzig fallen, wo ein Gelehrter, Emil Schöne insgesamt 4 Millionen RM erhalten wird. Schöne ist Feldbaugenieuer, wohnte bis Anfang 1932 in Eilenburg und ist jetzt nach Leipzig gezogen. Es handelt sich um das Vermögen von Verwandten des Schöne, das in der Gesamtsumme von 320 Millionen in Australien zurückgelassen wurde. Schöne hat noch fünf Geschwister, die wie die übrigen in Österreich (kommenden Verwandten, je 4 Millionen RM erben. Ein Teil der Erben ist seit längerer Zeit erwerbslos gewesen. Schöne war längere Zeit Hausmeister bei einem Arzt in Weßfeld, Kreis Torgau. Er ist 47 Jahre alt.

Starker Schneefall in Eilenburg. Ein für diese Jahreszeit ungewöhnlich harter Schneefall setzte in Eilenburg und Umgebung ein. Die Temperatur sank gleichzeitig zum Gefrierpunkt. In den frühen Morgenstunden trat wieder Lawewetter ein, und der Schnee löste sich auf.

Der Tote bei einem Bergwerksunfall. Zu Beginn der Mittagspause verunglückte auf der Grube „Matthias Strüves III“ in Eilenburg durch Versinken eines größeren Berges in der Nähe einer Störung in einem Strebepfeiler des Flözes 12 der nordwestlichen Benützung ein Arbeiter. Der Berg stürzte auf den Arbeiter, der sofort tödlich verletzt wurde. Drei Bergleute konnten bis zum Abend, der vierte bis zum Beginn der Mittagspause geborgen werden.

Selbstmord durch Sturz von einer Kathedrale. Von einem der Türme der Pariser Kathedrale Notre Dame stürzte sich ein holländischer Student, Bernhard Friedmann, der schon mehrere Semester in Paris studiert hat und kurz vor dem Abschluß stehen kam. Er war auf dem Stützpunkt, Friedmann soll ein sehr freiblebender junger Mann gewesen sein, der jedoch ganz und gar dem Rennwettbewerb verfallen war. Er hatte sich deshalb in Schaden gestürzt, die er nicht zurückzahlen konnte.

Nationalsozialistisches Parteiführer geschloßen.

Die Reichsführer des Parteipräsidiums überhaben teil mit „Der Parteipräsident von Oberhausen hat die als Stützpunkt der SA und SS dienenden Räumlichkeiten des Deutschen Hauses geschloßen. Geschloßen werden die Wohnungsräume sowie das SA- und SS-Saal. In der Begründung heißt es u. a.: Seit März vorigen Jahres hat das Deutsche Haus als Stützpunkt der SA und SS der NSDAP zu Gemütsstörungen gegen Personen „der Saaten gedient. Es ist in miederholten Fällen beobachtet worden, daß Gemütsstörungen der SA und SS gegen Personen oder Sachen von Deutschen Haus ausgingen oder von dort unterstützt wurden. Da die erfolgte Verwarnung nicht ausgereicht hat, mußte die Schloßung erfolgen.“

Urteil gegen Barcella.

Berlin, 13. April. Der Waffenhändler Max Barcella erhielt wegen fortgesetzter Untreue, Unterschlagung und Betruges zwei Jahre Gefängnis. Der Haftbefehl gegen Barcella blieb außerachtbar, das Gericht beschloß aber, Barcella aus der Haft zu entlassen mit der Auflage, daß sich Barcella jeden zweiten Tag bei seinem zuständigen Polizeirevier melde.

Rachhaft an einem Arzt.

Bien, 13. April.

Auf den Universitätsprofessor Gustav Alexander wurde ein Revolveranschlag verübt. Professor Alexander, der bekannte Chronist, wurde in der Nähe seiner Wohnung auf offener Straße von dem 15jährigen Schmeißer Sautoup durch drei Revolverkugeln getroffen. Der Täter konnte nicht geföhrt werden. Er gibt an, bei Professor Alexander in Behandlung gewesen zu sein und die Tat aus Rache verübt zu haben. Sautoup war aus der Tischpoliererei zugewandert.

Energie aus der Luft.

Der einiger Zeit bereits in einer Führung erster Techniker und Wissenschaftler eine neue Studiengesellschaft ins Leben gerufen worden, die es sich zur Aufgabe gestellt hatte, Kraftquellen für die Zukunft aus der Luft zu ziehen. Es dürfte bereits bekannt sein, daß man sich schon auf der internationalen Weltkongressen, die vor zwei Jahren in Berlin stattfanden, diesem Problem eingehend zugewandt hatte und festlich auf den Zeitpunkt praktischer Verwirklichung wartete. Unter Mitwirkung von Geheimrat Schütte, von Baurat Schultze von den Krupp-Werken und von Baurat Leubert sind nun die Arbeiten der Studiengesellschaft für Windkraftwerke so weit gediehen, daß der Bau des ersten Windkraftwerks unmittelbar bevorsteht. In der Nähe des Berliner Messegeländes soll der erste Windkraftwerk aufgestellt werden. Da er eine Höhe von etwa 300 bis 400 Metern haben muß und vor allem mit komplizierten Anlagen ausgestattet werden muß, ist der Bau natürlich sehr kostspielig. Man beziffert die Unkosten auf rund 5 bis 6 Millionen RM. So hoch dieser Betrag auch klingen mag, darüber darf kein Zweifel gelassen werden, daß der praktische Erfolg, der den Versuchungen folgen dürfte, diesen Kostenaufwand hinlänglich bezahlt macht.

Viele Menschen haben dieser neuen Möglichkeit nicht viel Vertrauen entgegengebracht: Energie aus dem Wind! Ein Kraftwerk in 400 Metern Höhe! — Das sind zunächst noch alles phantastische Begriffe. Aber die Vergewagten unteren Technik hat so oft gezeigt, daß das, was uns gestern noch phantastisch, in abend erdicht, am nächsten Tage schon reale Wirklichkeit war. Auf der höchsten Stelle des Turmes werden die Windkraftwerke befinden, die den Strom erzeugen sollen. Fünf sollen es insgesamt sein mit einem Durchmesser von je 80 Metern. Schon heute hat man auf Grund technischer Sachverständigenurteile die jährliche Leistung dieser neuartigen Kraftwerke berechnet: sie dürfte etwa 70.000.000 Kilowattstunden betragen, eine Energiemenge, die selbst auf dem Messegelände jährlich kaum gebraucht wird. Der Windkraftwerk wird fernerhin ein geräumiges Versuchslaboratorium enthalten, das auch dem Problem des Fernverkehrs dienlich gemacht werden soll. Dies erscheint schon darum wichtig, weil bislang in dieser Höhe für Berlin keine Beobachtungsmöglichkeiten gegeben waren.

Aber welche Möglichkeiten sich auf diesem neuen Windkraftwerk noch ergeben können, das sei an Hand der beobachteten Versuche klargelegt, die sicherlich gleichfalls zum vollen Erfolg führen dürften. Am Fuß des Turmes soll eine sehr interessante neue wissenschaftliche Oratorium in Grundmaßstab errichtet werden. Die erzeugte überflüssige Windkraftenergie geht man in der Weise auszunutzen, daß man sie benutzt, um damit Wasser zu zerlegen. Bei diesem Verfahren wird bekanntlich Wasserstoff gewonnen. Nun kann man Wasserstoff gleichfalls wieder als Antriebsmittel für bestimmte Motore benutzen, für die sogenannten Green-Motore, die eine neue Erfindung eines jungen Berliner Ingenieurs darstellen. Dieser Motor ist in der Lage, wiederum Elektrizität zu erzeugen. Was ergibt sich also praktisch daraus: Ein ganzer Energieerzeuger mit größter Rationalität! Aus der Luft wird Energie entnommen, sie kann einmal direkt zum Verbrauch gelangen, sie kann andererseits Wasser spalten und Wasserstoff erzeugen, der wiederum Antriebsstoff für Motore ist, die ihrerseits Elektrizität erzeugen. Ein rationelles Verfahren kann man sich nicht vorstellen; es stellt sich billiger und einfacher als die Gewinnung der Energie aus Wasser und Kohle. Außerdem ist man sich ja schon auf der Weltkongressen darüber einig geworden, daß es heutzutage heißt, sich nach neuen Energiequellen umzusehen, denn einstmals wird unser Kohlenkessel verfliegen!



Füßgänger-Erziehungs-Wache in Berlin. In Berlin wird eine große Füßgänger-Wache abgehalten. Das Berliner Publikum soll belehrt werden, wie es zu gehen hat. Im D. S. S. Schuppen befinden das Publikum, wie es richtig über die Straßen gehen soll, und erteilen Druckschriften über Verkehrsregeln.

Koche besser!
Koche billiger!
verlange gratis das
Sanelle Kochbuch



Über alle deutschen Sender:
Jeden Freitag vormittag
Sanne und Ella
plaudern im Radio



VON DER MARGARINE-VERKAUFS-UNION, ABTEILUNG KOCHBUCH, BERLIN C 2, BURGSTR. 24

Kleine politische Meldungen.

Berlins Haushaltspolitik. Der Finanzbericht der Stadt Berlin vom 31. März d. J. weist einen ungedeckten Haushaltsbeitrag von rund 55 Millionen RM aus.

Hälfmann-Ehrgang durch Sowjetrußland. Der Führer der deutschen Kommunisten, Thälmann, und die Mitglieder des Zentralkomitees der K.P.D. sind zu Ehrenmitgliedern der russischen Sowjetregierungen ernannt worden.

Internationale Arbeitskonferenz. Im Genf ist am Dienstag die 16. Internationale Arbeitskonferenz zusammengetreten. Auf der Tagesordnung stehen Fragen der Sozialversicherung. Aufhebung der gemeinsamen Stellenvermittlung u. a.

Fähigkeitsfest ist nicht zurück. Die einseitige Telegrammagentur teilt mit, daß die Festtage, wozu Reichlich Fähigkeitsfest zurückzutreten beabsichtigt, nicht den Umständen entsprechen.

Ein deutschfeindlicher Lehrer entfernt.

Marienwerder, 13. April.

Die Regierung in Marienwerder, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen hat den politischen Staatsangehörigen, Lehrer an der privaten Minderheitenschule in Groß-Waplik, Kreis Stuhm, K. Manzyński, die Erlaubnis zur Leitung der Schule und Erteilung des Unterrichts entzogen. Der Lehrer hat in seinem Gesamterhalten die laienvolle Zurückhaltung vermieden lassen, die von ihm als fremden Staatsangehörigen, der Gewalt über Deutschland genießt, erwartet werden mußte. Ferner hat er sich außerhalb seiner Lehrtätigkeit an der Minderheitenschule, für die er ausschließlich zugelassen ist, fortgesetzt in einer der gefährlichen Einwirkungen des Minderheiten-Schulwesens im Kreise und dem reichlichen Zutritt des von Angehörigen deutschen und polnischen Volkstums abträglichen Beisitz betätigt. Eine Schließung der Minderheitenschule in Groß-Waplik ist mit dieser Maßnahme nicht verbunden.

Der „König der Autodiebe“

Er erhält 1 1/2 Jahr Gefängnis.

Berlin, 13. April.

Der „König der Autodiebe“, das Haupt einer weitverzweigten Autohehlerbande, der Schlichter und Boger Hermann Scherle, der durch die Mitglieder seiner Bande in allen Großstädten Deutschlands, vornehmlich in Berlin, Hamburg, Dresden, Magdeburg, Jagen und Minister Autos hehlen, teils als Diebesgut aufkaufen ließ, wurde vom Schöffengericht Berlin-Mitte nach mehrjähriger Verhandlung wegen Hehlerei und fortgesetzter schwerer Urkundenfälschung zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Der bisher vorbestrafte Kaufmann Kalmitz Schieberowitsch, der die Autodiebstähle größtenteils vorgenommen hatte, erhielt wegen Diebstahls zwei Jahre neun Monate Gefängnis, der Schneider Walter Herwig zwei Jahre drei Monate Gefängnis. Beiden wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren aberkannt, außerdem ist das Gericht auf Stellung einer Polizeiaufsicht. Weiterhin wurden der Techniker Leo Albert wegen Bandendiebstahls und Urkundenfälschung zu einem Jahr neun Monaten, der Schlosser Kurt Schüller zu einem Jahr zwei Monaten, der Konstruktions-Friedrich Dadel zu einem Jahr und der Kraftwagenführer Wilhelm Bauer zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis.

Die Hehlbande Scherles brachte die gestohlenen Automobile nach der Werkstatt Dubes, wo die Wagen umlackiert und die Autokennzeichen gefälscht wurden. Die Gestohlenen gegen die verurteilten Mitglieder der Autohehlerbande blieben aufrechterhalten.

Der gefährliche Spiegelstrolch! In Birmingham ist ein vierzehnjähriges Mädchen das Opfer eines sogenannten Spiegelstrolchs geworden. Freunde ihres Bruders wußten, daß das Mädchen fürchtbar schreckhaft war und beschloßen, es in Angst zu bringen. Sie öffneten leise die Tür des Zimmers, verumrümten sich mit schweren Möbeln und Ziehern und stellten sich so auf, daß ihre Figuren gerade in den Spiegel fallen mußten. Als das Kind von einer anderen Tür ins Zimmer kam, fiel ihr Blick auf jenes schreckliche Spiegelbild, das sie so erschreckt machte, daß sie ohnmächtig umfiel. Ein hingeworfener Ast hat einen schweren Nervenschlag und Sprachverlust durch Schwere festgestellt.

Seinen Freund in den Mund geschossen hat auf Berlangen der 13jährige Conrad Müller aus Meunorf. Der Freund war in der Schule außerordentlich schamlos und lebte auch mit seinen Eltern in häßlicher Meinungsverschiedenheit. Diese Taten mögen ihn so schwerwiegend getrimmt haben, daß er beschloß, aus dem Leben zu scheiden. Er entwendete plötzlich eine Pistole, wozu er seinen Freund und ließ ihn, ihm in den Mund zu schießen. Der 13jährige Freund kam dieser Aufforderung nach und löste seinen Freund im Augenblick. Er wurde von der Polizei verhaftet.

Zum Kartoffelanbau.

Die Kartoffel ist, wie jede Sachfrucht, ein harter Nährstoffreicher Sie bedarf daher einer besonders starken Düngung mit allen Nährstoffen, vor allem mit Stickstoff und Kali. Die im Stallmist gegebenen Nährstoffmengen reichen zur Erzeugung einer Vollreife nicht aus, so daß die Handeltünder, die Düngung finden müssen. Von den Stickstoffdüngern hat sich das erprobte schwefelure Ammoniak bestens bewährt, da die Kartoffel Ammoniak direkt aufnimmt und sich gegenüber entzündlich als bei der Verwendung reiner Salpeterminerale und hohere Kalkverluste gibt.

Die Beifütterung des Pflanzenwertes der Kartoffel durch die Düngung ist in letzter Zeit wegen landesweiter Untersuchungen gemindert. Für die Stickstoffdüngung ist anzuführen, daß die meisten Stickstoffdüngern die physikalisch allerschwersten sind. Sie gelte sich nach den Untersuchungen Dr. Krügers (schwefelure Ammoniak) auf sämtlichen Böden den anderen Stickstoffdüngern in seinem Gehalt auf die Pflanzenergie überlegen. Versuche haben auch klar erwiesen, daß eine Stickstoffdüngung vorzuziehen gegen die sogenannten Aufkaufkrankheiten, wie das Wipfelrot und die Fäulnisruhr etc. ist. Es ist auch klar erwiesen, und wird von der Praxis bestätigt, daß kein Schaden bei der Stickstoff und Kali gedüngten Kartoffeln die höchsten Erträge brachte, wenn auch für genügende Phosphordünge (Superphosphat) im Boden genügt war.

Es wäre es leicht Sparmaßnahme, wenn unter den heutigen Verhältnissen von einer Stickstoffdüngung im Kartoffelanbau nicht oder nicht genügend Gebrauch gemacht werden würde. Ganz besonders haben erhöhte Nährstoffgaben auf den stickstoffarmen Hochmoor- und Sandböden den Ertragsverlust an sich den Nachbarn des Saatgutes gültig beeinflusst. Auch weisen die mit Stickstoff und Kali gedüngten Kartoffeln einen sehr guten Geschmack auf. Das schwefelure Ammoniak sollte für die Kartoffeln in einer Dosis von bestenfalls höchstens mit den Untersuchungen zur Düngung des Feldes, gegeben werden. Bekannt ist, daß die gute Eigenart des schwefelure Ammoniaks, der Schwärzung entgegen zu wirken. Hierdurch ergibt der Züchter eine bessere Ertragsmenge, wenn der Konsument reichlich als Speisestärke eine in Form und Farbe ansprechende Qualität. Dipl.-Ing. Helwig.

Gebühren für Gebämmen.

Die im Rentierungsamtsblatt Stad 53 vom 31. Dezember 1927 — S. 268/69 — bekanntgegebenen Sätze der Gebämmen-Gebührenordnung vom 24. Dezember 1927 werden mit Wirkung vom 1. April 1932 um 10 v. H. geführt.

Merseburg, den 26. März 1932.

Der Regierungspräsident. Der Öffentlichkeit mit dem Bemerkung, daß über die jetzt geltenden Gebührensätze im Bedarfsfalle hier Auskunft erteilt werden kann.

Berlin, den 12. April 1932.

Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde. Grünberg.

Betr.: Waldbrände.

Es ist öfter vorgekommen, daß durch Anbrennen trockenen Grales oder durch sonstiges Anzünden von Feuer Waldbrände entstanden sind.

Soweit nicht strengere Strafen verurteilt sind, wird nach § 368,6 des Strafgesetzbuches mit Geldstrafe bis zu 60.— RM. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft, wer an gefährlichen Stellen in Wäldern oder Heiden Feuer anzündet.

Nach § 40 des Feld- und Forstpolizeigesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Januar 1926 (Preuß. Gesetzblatt. Seite 83) wird mit Geldstrafe bis zu 150.— RM. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft, wer

1. mit unvorschriftlich Feuer oder Licht den Wald betritt oder sich demselben in gefährlicher Nähe deselben im Freien ohne Erlaubnis des Grundeigentümers oder seines Stellvertreters annähert oder das gestattetermaßen angeordnete Gehörs zu beaufsichtigen oder auszulösen unterläßt.
2. in der Zeit vom 1. März bis 31. Oktober im Walde ohne Erlaubnis des Grundeigentümers oder seines Stellvertreters taucht,
3. im Walde brennende oder glimmende Gegenstände fallen läßt, fortwirft oder unvorsichtig handhabt,
4. abgelehnt von den Fällen des § 368,6 Str.G.B. in dem Walde oder in gefährlicher Nähe deselben im Freien ohne Erlaubnis des Grundeigentümers oder seines Stellvertreters Feuer anzündet oder das gestattetermaßen angeordnete Gehörs zu beaufsichtigen oder auszulösen unterläßt.

Für die Geldstrafen gelten auch die Eltern usw., denen die Aufsicht über den Täter obliegt. Abgesehen hieron sind die Täter und diejenigen, welche zur Aufsicht verpflichtet sind, faheremerkungspflichtig.

Vorlebendes bringe ich zur öffentlichen Kenntnis.

Querfurt, den 6. April 1932.

Der Landrat. Dr. Wambertel.

Der Öffentlichkeit: Berlin, den 12. April 1932.

Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde. Grünberg.

Leszt die Heimatzeitung, den „Nebraver Anzeiger“!

Rheuma, Ischias, Hexenschuß, Gliederreißen, Neuralgie (Nervenschmerzen), Rückenschmerzen etc. Gern teile ich kostenlos ein einfaches Mittel mit, das mir und zahlreichen Patienten in kurzer Zeit half. Ueber 4000 Dankbriefe! (Ich verkaufe nichts.) Krankenschwester Margret Heber, Wiesbaden H 239

Welch edle Himmelsgabe ist das Licht des Auges.

Blinden-Konzert

am Sonntag, dem 17. April 1932, nachmittags 4 Uhr im Saale des „Preußischen Hofes“ in Nebra a. N.

Vortragssfolge: Werke von Mozart, Karl Maria von Weber, Richard Wagner usw.

Eichen-Zaun-Säulen
Zaun-Latten u. Riegel
Bohnenstangen vorzüglich
Chüringer Holzwerke
ROSSL & BEN

Bauzinsfrei!

Schließen Sie mit uns einen **Bauspar-Vertrag!**

Sie werden dann nicht länger Unsummen für Miete und Zinsen zum Fenster hinaus, sondern schaffen sich mit unserem zinsfreien, unkündbaren Bau- und Hypothekengeld mit der Zeit ein wertvolles, schuldenfreies Besitztum. Auch kleine monatliche Sparbeiträge genügen. Zugleich sind Sie ohne ärztliche Untersuchung prämienfrei in der Lebensversicherung.

Unsere Sperrkonten bieten größte Sicherheit. Mit monatlichen Raten von 20.— oder 50.— RM oder mehr schaffen Sie sich durch uns in absehbarer Zeit ein eigenes Heim. Sie können mit unserem Gelde auch teure Hypotheken ablösen!

Haus-Eigenheim- u. Bauspargenossenschaft
eingetragene Genossenschaft m. b. H.
 („Hebraver Genossenschaft“)
Leipziger Straße 62 Telefon 3039

Jetzt nur RM 3.- kosten 19 der zur Zeit beliebtesten

Tonfilm- und Tanz-Schlager

für Klavier mit vollständig. Texten! Ungekürzte Original-Ausgaben!

Enthalten in dem neu erschienenen Schlager-Album

Zum 5 Uhr-TEE

Band 18

mit den großen Schlagern!

Das Blumenmädchen von Nessel (Tango)
Eins, zwei, drei — die ganze Kompagnie (Marsch-Foxrot)
Denk dabei an mich (Tango)
Bitte, bitte, denk an mich (Foxrot)
Streichholz-Wachspapier (Fox-Intermezzo)
Einer Frau muß man alles verzeihn (Waltz)
Mein Herz sehnt sich nach Liebe (Engl. Waltz)
Arm wie eine Kirchenmaus (Slow-Fox)
In meiner Laube (Foxrot)
Ich weiß nicht, wie ich Dir's sagen soll (Slow-Fox)
Heut geh ich auf's Ganze (Walzerlied)
Müde! wenn Du mit mir Rumba tanzt (Rumba)
Das Schönste an der Woche ist das Wochenende (Foxrot)
Loia, Dein spanisches Feuer (Mama yo quiero un novio) (Tango)
Manuela (Schenk mir einen Tango, Manuela) (Tango)
Ich steh um 5 an der Laterna (Tango)
Fahr mit mir nach Cuba, Schatz (Rumba)
Wenn Dich niemand liebt (Waltz)
Einmal fragst das Glück nach Dir (Waltz)

mit den großen Tonfilm-Erfolgen!

Weekend im Paradies
Reserve hat Ruh
Mein Herz sehnt sich nach Liebe (Der Helseher)
Einer Frau muß man alles verzeihn

Der Herr Bürovorsteher (Konto X)
Mein Leopold
Arm wie eine Kirchenmaus
Ein süßes Geheimnis

Allgewohnte vornehme Ausstattung! Künstler. Mehrfarbentitel!

Hierzu Violin-Stimme (RM 1.50)

Zu beziehen durch jede Musikalien-, Instrumenten- und Buchhandlung oder wenn nicht erhältlich direkt von ANTON F. BENJAMIN, A.-G., ABTEILUNG SORTIMENT, LEIPZIG C 4, TAUBSCHENWEG 20

GESCHÄFTS BÜCHER

J. C. HÖNIGGEBARDT
DRUCKERSBÜCHERFABRIK
HAWKOWER
und anderer bekannter Firmen liefert

Buchhandl. W. Sauer
Rosslleben

Gewürze

aller Art empfehlen

Wwe. Meitz.

Rasch vorwärts

kommt im Französischen, wersch das Sprachbüchungs- und Unterhaltungsblatt

L. Traducteur

belegt. Man überzeuge sich selbst und verlange ein Gratis-Probekett durch den Verlag des Traducteur in La Chaux-de-Fonds (Schweiz)

Drucksachen aller Art

liefert preiswert und gut

Buchdruckerei Wih. Sauer
Rosslleben

Neubrauer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Hedra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Kogleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Kogleben.
Geschäftsstelle in Hedra: Frau Kaufmann Weis, Markt 31/33.
Fernsprecher: Amt Kogleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen lohnen: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamtell 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtpostkasse Hedra — Sautverein Artern.

Nr 45

Donnerstag, den 14. April 1932.

45. Jahrgang

Reh raus im Preußenparlament

Entwurf der Regierungsparteien auf Veränderung der Geschäftsordnung angenommen.

In der letzten Sitzung des Preussischen Landtags vor den Neuwahlen fand nach kurzer Aussprache die namentliche Abstimmung über den Entwurf der Regierungsparteien auf Veränderung der Geschäftsordnung hinsichtlich der Wahl des Ministerpräsidenten statt. Wobei Erwarten wurden 232 Karten abgegeben, davon 228 mit Ja und 3 mit Nein. Eine Stimme war unglücklich. Das Haus war also beschlußfähig. Der Entwurf der Regierungsparteien war damit angenommen. Die Veränderung bewirkt, Sturz der Regierung und Neuwahl nur mit absoluter Mehrheit möglich zu machen. Die bisher geltenden Vorschriften forderten zwar für einen Regierungsturz die absolute Mehrheit, ließen aber die Neuwahl des Ministerpräsidenten mit einfacher Mehrheit zu.

Außer den Regierungsparteien, die anstehend bis zum letzten Mann erschienen waren, haben sich noch zwei Abgeordnete der Sozialistischen Arbeiterpartei und ein volksparteilicher Abgeordneter an der Abstimmung beteiligt und so dem Hause zur Beschlußfähigkeit verholfen und die Annahme des Initiativentwurfes der Regierungsparteien überhaupt erst ermöglicht. Die Christlich-Sozialen haben sich nicht an der Abstimmung beteiligt, wohl aber der volksparteiliche Abgeordnete Langer, Oberhausen. Eine unglückliche Stimme hat der Zentrumspartei abgeordnet haben abgegeben.

Die Oppositionsparteien nahmen an der Abstimmung nicht teil.
Die Aussprache war sehr lebhaft. Die Regierungsparteien hatten auf jede Begründung ihres Entwurfs verzichtet.

Abg. Dr. Winterfeld (Dnt), erklärte, am 21. April werde sich entscheiden, daß die Regierungsparteien keine Mehrheit mehr haben. Eine Umgehung des Willens des preussischen Volkes und der Reichs, sich selbst an der Wahl zu erhalten, ist eine unerhörte Schandtat.

Abg. Engel (Dnt), besann, keine politischen Freunde seien nicht bereit, an diesem ausgeprochenen Schwandmännchen mitzuwirken.

Abg. Siewert (Komm.), lehnt den Versuch der Koalitionsparteien, im letzten Augenblick vor den Neuwahlen die Geschäftsordnung zu ihren Gunsten zu ändern, mit Entschiedenheit ab.

Abg. Heilmann (Wirtschaftsp.), erklärt, die Weltmarke Koalition habe abgeworfen. Eine Partei könne es ab durch die heutzutage Veränderung der Geschäftsordnung dem Ausfall der Preußenwahl vorzugreifen.

Abg. Volkmer (Landvolk) nannte es kaum glaublich, daß sich die Regierungsparteien mit dem Todeszug des Landtags durch eine Lebensversicherung für das Weiterbestehen dieser Regierung einziehen wollten.

Abg. Rucke (Sinatsp.) wendet sich dagegen, daß es sich bei dem Antrag um eine Schiebung und ein Schwandmännchen handele.

Abg. Lindner (Chr.-Soz.) weist in einer Erklärung auf die Opposition des Volksbundes gegen das Kabinett Braun hin, die in der nicht genügenden Wahrnehmung der erantwärtlichen Belange durch die Regierung begründet sei.

Abg. Bord (Dnt) erklärt die Begründung des Antrages für falsch und als neuen Beweis für die Schiebung. Damit schließt die Aussprache. Das Haus schreitet unter großer Spannung zur namentlichen Abstimmung. Die Oppositionsparteien, auch die Kommunisten, beteiligen sich nicht an der Abstimmung, bleiben aber im Saal. Die Abstimmung hat das oben mitgeteilte Ergebnis.

Abg. Kasper (Komm.) begründet dann den kommunalistischen Antrag über angebliche Beeinträchtigung der Wahlpropaganda der Kommunisten.

Er erklärt, die preussische Polizei habe einen unglaublichen Ehrterror gegenüber der Arbeiterklasse ausgeübt. Die Kommunisten lehnten es ab, Begünstigungen abzugeben. (Als Innenminister Seering den Saal betritt, rufen die Kommunisten im Chor: „Nieder mit dem Gammelpöbelminister!“) — Ohne weitere Aussprache wird der kommunalistische Antrag gegen die Antragsteller abgelehnt, nachdem ein Antrag der Volkspartei, der allgemein jede Wahlbeeinträchtigung beseitigen wollte, gleichfalls abgelehnt worden war.

Gegen 12 Uhr schließt Präsident Wittmann die Sitzung mit der Erklärung, daß der gegenwärtige Landtag nun voraussichtlich nicht wieder zusammengetreten werde. Auf seine Bitte wird dem Präsidenten jedoch die Ermächtigung erteilt, gegebenenfalls den Landtag noch einmal einzuberufen.

Der Abg. Sauer (Oberhausen (Dnt)) gibt zu seiner Vertimmung im Landtag über den Antrag der Regierungsparteien auf Veränderung der Geschäftsordnung eine Erklärung ab, infolge einer Verwechslung in den Abstimmungen habe er lediglich versehentlich sich an der Abstimmung über den Regierungsentwurf beteiligt, was nicht in seiner Absicht gelegen habe.

Nach der Präsidentenwahl.

Berlin, 13. April.

Am 11. d. wird mitgeteilt: Dem Reichspräsidenten sind aus Anlaß seiner Wiederwahl Glückwünsche von einer gro-

ßen Anzahl von Staatsoberhäuptern, ferner von den Staats- und Ministerpräsidenten deutscher Länder, von Provinzen und Städten, von Spitzenorganisationen und Verbänden, sowie viele Tausende privater Kundgebungen zugegangen. Besonders zahlreich sind die Glückwünsche und Freundschaftsbriefe, die dem Reichspräsidenten aus Kreisen der Auslandsdeutschen zugegangen sind.

Der Reichspräsident empfing am Dienstag den Arbeitsausschuß der Vereinigten Hindenburg-Ausschüsse, Landesräte Dr. Gerete, Graf Westarp und Generalmajor A. D. von Winterfeldt sowie Staatsrat 3 D. Kempner und sprach ihnen seinen Dank für die bei Durchführung der Wahl für ihn geleistete großartige Unterstützung aus. Ferner empfing der Reichspräsident den Oberbürgermeister Dr. Sahn und sprach auch ihm seinen Dank für die bei Vorbereitung der Kandidatur und der Wahl Hindenburgs geleisteten Dienste aus.

Brüning bleibt im Amt.

Der Reichsanwalt beim Reichspräsidenten. — Keine Demission des Reichskabinetts. — Neubestellung des Innen- und des Außenministeriums?

Der Reichsanwalt hat am Montagvormittag dem Reichspräsidenten den Entwurf über die politische Lage vorgelegt, wie sie sich durch die Reichspräsidentenwahl gestaltet hat.

Im Anschluß daran hat Reichsanwalt Dr. Brüning, der üblichen Geflohenheit entsprechend, den Rücktritt des Gesamtkabinetts angeboten. Der Reichspräsident hat jedoch den Reichsanwalt ermahnt, von einer Demission abzuhehen.

Der Reichsanwalt wird am Mittwoch dieser Woche nach Genf reisen, um an der Besetzungsgesamtsitzung teilzunehmen, deren Verhandlungen nunmehr in das entscheidende Stadium treten. Wie es heißt, besteht die Absicht, den Vollen des Reichsaußenministers, der bekanntlich vom Reichsanwalt mitübernommen wird, endgültig zu befestigen, und zwar wird

Staatssekretär von Bülow als Reichsaußenminister genannt. Ebenfalls soll der Vollen des Reichsinnenministers, den kürzlich Reichsanwalt Grafen v. Helldorf, neu befestigt werden. Es verläutet, daß der Reichskommissar für die Preisüberwachung,

Oberbürgermeister Dr. Goerdeler, für dieses Amt in Aussicht genommen ist.

Hindenburgs Dankesfundgebung.

Reichspräsident Hindenburg erläßt aus Anlaß seiner Wiederwahl folgende Kundgebung an das deutsche Volk:

Mit Dank für das mir von dem deutschen Volk erneut betraute Vertrauen und mit dem Gebotnis, auch weiterhin mit meiner ganzen Kraft dem Vaterlande und dem deutschen Volke zu dienen, nehme ich die auf mich gesandte Wiederwahl zum Reichspräsidenten an. Gestern meinem Eid werde ich mein Amt weiterführen im Geiste der Verfassung und der Gerechtigkeit, mit dem besten Willen, unterer Botenstande, zur Freiheit und Gleichberechtigung nach außen, zur Einigkeit und zum Aufschwung im Innern zu verhelfen. An alle deutschen Männer und Frauen, an diejenigen, welche mit ihrer Stimme gaben, wie an die, welche mich nicht gewählt haben, richte ich die Mahnung: Laßt nun den Hader ruhen und schließt die Reihen! So wie schon einmal bei meinem Amtsantritt vor sieben Jahren fordere ich auch heute gegen jedes deutsches Volk zur Mitarbeit auf. Die Zusammenkunft aller Kreise ist notwendig, um der Verwirrung und Hölle unserer Zeit Herr zu werden. Nur wenn wir zusammenstehen, sind wir stark genug, um unser Schicksal zu meistern. Darum: In Einigkeit vorwärts mit Gott!

Die Formalitäten nach der Wahl.

Ueber die Formalitäten, die nach der Reichspräsidentenwahl noch zu erledigen sind, sei folgendes mitgeteilt: Zunächst wird der Reichswahlleiter das endgültige Ergebnis feststellen. Alsdann wird sich der Reichswahlleiter an Hindenburg wenden mit der Frage, ob er die Wahl annehme. Nach der Erklärung des Reichspräsidenten tritt der Reichswahlleiter zusammen, um festzustellen, daß Hindenburg als zum Reichspräsidenten gewählt zu betrachten sei. Darauf wird das Wahlergebnis noch einmal zusammengelesen, womit der Wahlakt geschlossen ist.

Die Frage der Neuwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg ist noch nicht endgültig entschieden, doch dürfte nach Lage der Dinge sich eine nochmalige Wiederholung wohl erübrigen.

In der Kundgebung des Reichspräsidenten von Hindenburg heißt es ja auch, daß er „getreu seinem Eide“ sein Amt weiterführen werde.

Wahlbeteiligung etwa 83,6 v. H.

Nach dem vorläufigen amtlichen Wahlergebnis beträgt die Gesamtzahl der abgegebenen gültigen Stimmen 38 491 694.

Dies Ergebnis bedeutet eine Wahlbeteiligung von ungefähr 83,6 v. H. gegenüber einer solchen von 86,2 v. H. im ersten Wahlgang.

Hindenburg erhielt mit 83,0 v. H. gegenüber 49,6 v. H. im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit. Hitler erhielt 36,8 v. H. gegenüber 30,1 v. H., Brüning 10,2 v. H. gegenüber 13,2 v. H.

Hitlers Dank an seine Parteigenossen und Wähler.

Adolf Hitler hat am 10. April folgenden Aufruf erlassen: „Nationalsozialisten! Nationalsozialistinnen! Parteigenossen und Parteigenossinnen! Eine große und schwere Schlacht habt ihr geschlagen. Ich wüßte, daß Euch Treue unerhört ist. Den-

nach muß ich Euch für den unerhörten Glauben, Eure Opferwilligkeit und Euren Fleiß danken.

Trotz aller Unterdrückungen und Verfolgungen hat Eure Bewegung durch Euch einen neuen großen Sieg errungen, der sie berechtigt, sich als Vorkämpferin der nationalen Freiheit und damit der nationalen Zukunft zu fühlen.

Morgen beginnt der neue Kampf. Ich weiß: Ihr werdet auch in Zukunft des deutschen Volkes beste Wächter sein. Am 24. April werden wir uns abermals mit unseren Gegnern messen und einmal auch wieder der Tag kommen, an dem wir unsere Fahnen zum letzten Siege tragen.

Adolf Hitler.

Haushaltsfragen — Außenpolitik.

Das Reichskabinett berät.

Berlin, 13. April.

Das Reichskabinett ist am Dienstag zusammengetreten, um vor der Abreise des Kanzlers nach Genf eine Reihe von finanz-, wirtschafts- und außenpolitischen Fragen zu behandeln. Die Beratungen drehen sich insbesondere um die Vorbereitung des neuen Haushalts. Am Mittwoch werden die Kabinettsberatungen unterbrochen, da der Kanzler auf dem sogenannten Kriegen-Kongress des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eine Rede hält. Am Donnerstag dieses Tages findet eine weitere Kabinettsitzung statt, die im wesentlichen den Fragen gilt, die in Genf irgendwie erörtert werden könnten oder sollen.

Ob angeht die Fälle der in dieser kurzen Zeitpanne zu behandelnden Probleme auch das Arbeitsbeschaffungsprogramm, das das Kabinett schon in vielen früheren Sitzungen beschäftigt hat, erörtert wird, ist eine noch offene Frage. Ein sechsstündiger Entwurf hierzu liegt jedenfalls noch nicht vor. Die Durchführung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms auf geheimer Grundlage ist bisher immer wieder an der Geldfrage gescheitert. Nichtsdestoweniger sind die zuständigen Referats bestrebt, Pläne auszuarbeiten, deren Durchführung im Bereich des Möglichen liegt.

Es ist anzunehmen, daß die hiermit zusammenhängenden Fragen, so u. a. auch die der beabsichtigten Ausweitung der Arbeitsdienstpflicht erst nach der Rückkehr des Kanzlers aus Genf präsident sein werden.

Wie schaffen wir Arbeit?

Zu den Erklärungen, die Reichsanwalt Dr. Brüning auf dem Kriegenkongress der Gewerkschaften abgegeben wird, erfahren wir noch: Ein regelrechtes Programm zur Arbeitsbeschaffung wird der Reichsanwalt nicht ausarbeiten. Er wird vielmehr nur die allgemeinen Richtlinien andeuten, in denen sich die Reichsregierung eine Beschäftigung des Arbeitsmarktes denkt. Der Reichsregierung liegen eine Fülle von Plänen vor, die jedoch an der Finanzengpässe scheitern könnten.

Im Stand der Möglichkeiten gegenüber Arbeitslosigkeit.

angereicht nach dem Wahl-Gesetzes beim Reichspräsidenten eingereicht sein.

Wahl im Jahre Vereinfachung zu Klage aber zugehörte Schiebung des Wahlergebnisses zu den die Landes-

Ag. Berlin, 12. April.

Die Sitzung ab, den Reichspräsidenten. Der Antrag Opposition und der Reichspräsident ist nicht eingereicht, es abzugeben, in

Besteilt gelöst werden ist zu erwarten, daß der Haushalt bald dem Reichspräsidenten zugestellt werden könnte.

Memorandum eingereicht.

Entwurf vor dem Internationalen Gerichtshof angelegt. Amsterd., 13. April.

Die Regierungen von Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan haben durch Vermittlung ihrer diplomatischen Vertreter im Haag bei dem Ständigen Internationalen Gerichtshof ein Verlangen gegen die litauische Regierung beantragt. Der Antrag gründet sich auf Artikel 17 des Memelabkommens.